

## Trotz Arbeit am Existenzminimum

**Arbeitslosenreport NRW: Jeder Vierte ist prekär beschäftigt. Leiharbeit nur selten Brücke in den regulären Arbeitsmarkt.**

**Jeder Vierte ist atypisch beschäftigt. Viele atypische Beschäftigungsverhältnisse sind zudem prekär, weil sie in der Regel eine rechtlich ungeschützte, sozial ungesicherte und schlecht entlohnte Arbeit darstellen. Über 300000 Erwerbstätige müssen mit Hartz-IV-Leistungen „aufstocken“, weil das Einkommen nicht reicht. Jede fünfte Arbeitsaufnahme erfolgt in der Leiharbeit. Die Ergebnisse des aktuellen Arbeitslosenreports der Wohlfahrtsverbände in NRW belegen, dass bei der Zunahme von Beschäftigungsverhältnissen vor allem immer mehr atypische Arbeitsverhältnisse entstehen.**

Waren in NRW im Jahr 2003 noch etwa 1,4 Millionen Menschen atypisch beschäftigt, ist ihre Zahl zehn Jahre später auf 1,7 Millionen angewachsen. Demgegenüber ist der Anteil der atypisch Beschäftigten an allen Erwerbstätigen von 20 Prozent im Jahr 2003 auf 23 Prozent im Jahr 2013 angestiegen. Leiharbeit, Mini-Jobs, Teilzeitbeschäftigung und befristete Beschäftigungsverhältnisse zählen zu den sogenannten atypischen Beschäftigungsverhältnissen. Bei derartigen Beschäftigungsformen besteht häufig die Gefahr einer prekären Beschäftigung. „Studien zeigen, dass Beschäftigte in Mini-Jobs, Teilzeit- oder Leiharbeiter oft besonders wenig verdienen. Dabei steigt das Risiko

einer prekären Beschäftigung“, warnte der Essener Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes.

Der Arbeitslosenreport zeigt ebenfalls: Über 300000 der 1,16 Millionen Hartz-IV-Empfänger in NRW gehörten im April 2014 zu den Aufstockern, die trotz Erwerbstätigkeit auf Grundsicherungsleistungen angewiesen waren. 42 Prozent der Aufstocker sind in einem Mini-Job beschäftigt. Nur 14 Prozent der Aufstocker sind in Vollzeit erwerbstätig. In den letzten drei Jahren ist die Zahl der Aufstocker insgesamt leicht angestiegen.

### Arbeitslose häufig in der Leiharbeitsbranche

Etwa jeder fünfte Arbeitslose, der 2013 in NRW eine Arbeit aufnahm, kam in der Leiharbeitsbranche unter. Bei Hartz-IV-Empfängern sind dies sogar 25 Prozent. Jede dritte der Bundesagentur für Arbeit gemeldete offene Stelle in NRW entfällt

### Der Arbeitslosenreport NRW

Die Wohlfahrtsverbände in NRW veröffentlichen mehrmals jährlich den „Arbeitslosenreport NRW“. Darin enthalten sind aktuelle Zahlen und Analysen für Nordrhein-Westfalen; Basis sind Daten der offiziellen Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Mehr Infos unter [www.arbeitslosenreport-nrw.de](http://www.arbeitslosenreport-nrw.de) ◀

mittlerweile auf die Leiharbeitsbranche. Weitere Daten, Fakten und Studien belegen, dass fast die Hälfte der Leiharbeitsverhältnisse bereits nach weniger als drei Monaten wieder beendet wird. Außerdem sind die Löhne hier besonders niedrig, und der Anteil der Aufstocker unter den Leiharbeitern ist überdurchschnittlich hoch. „Leiharbeit ist nur selten eine Brücke in den regulären Arbeitsmarkt und ermöglicht nur wenigen gesicherte Beschäftigungsverhältnisse“, kritisierte Meiwes. Auch Mini-Jobs böten nur geringe berufliche Perspektiven. Meiwes: „Oft werden Mini-Jobbern grundlegende Arbeitnehmerrechte wie Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Pausenzeiten und bezahlter Urlaub vorenthalten.“ Mini-Jobber haben das höchste Niedriglohnrisiko.

„Als soziale Dienstleister etwa im Bereich der Pflege unterliegen wir als Freie Wohlfahrtspflege sogar selbst so starken ökonomischen Zwängen aufgrund gesetzlicher und fördertechnischer Vorgaben, dass auch bei unseren Sozialunternehmen die Zahl der Teilzeitstellen angestiegen ist“, sagte der Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege; Ludger Jutkeit. Was aus betrieblicher Sicht oder sogar auch für den einzelnen Erwerbstätigen akzeptabel sein mag, ist jedoch sozialpolitisch problematisch. „Aus unserer gesellschaftlichen Verantwortung heraus haben wir die Verpflichtung, auf Missstände und Fehlentwicklungen hinzuweisen. Wir setzen uns daher für ein sozial gerechtes Handeln, Beschäftigten und Entlohnen ein. Gerade deswegen engagieren wir uns politisch für auskömmliche Rahmenbedingungen in der Pflege und anderen sozialen Arbeitsfeldern.“ ◀

„Caritas in NRW – AKTUELL“ ist der Informationsdienst der Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn.

Er erscheint sechsmal im Jahr.

Zu bestellen bei:

Caritas in NRW

Redaktion

Lindenstraße 178

40233 Düsseldorf

Telefon: 02 11/51 60 66 20

Telefax: 02 11/51 60 66 25

E-Mail: [redaktion@caritas-nrw.de](mailto:redaktion@caritas-nrw.de)

Bestellungen auch über die Pressestellen der nordrhein-westfälischen Diözesan-Caritasverbände.

ISSN 1611-3527



# Echt arm dran

## Zehn Jahre Hartz IV – Zeit für eine kritische Bilanz

Von Christoph Eikenbusch

**Hartz IV als Armutsfalle: Immer noch sind mehr als sechs Millionen Menschen in Deutschland auf Hartz IV angewiesen. Seit dem Hartz-IV-Start boomen Suppenküchen, Tafelläden, Sozialkaufhäuser, Kleiderkammern. Die Hartz-IV-Doktrin „Fördern und Fordern“ lässt die Betroffenen nicht mehr los, sie beherrscht völlig ihren Alltag. Hartz IV besteht jetzt zehn Jahre.**

Vor 25 Jahren erteilte der Deutsche Caritasverband (DCV) einen Forschungsauftrag zu einer Armutsuntersuchung, die die Probleme des Systems der sozialen Sicherheit untersuchen sollte. Ergebnisse der Studie „Option für die Armen“: Das Sozialleistungssystem in Deutschland ist zu kompliziert und für leistungsberechtigte Hilfeempfänger nicht durchschaubar. Es findet ein Verschiebeparkplatz zwischen den Leistungserbringern statt. Die Zahl der Menschen, die aus Unkenntnis oder aus Scham keine Sozialleistungen beantragen, ist beträchtlich. Der DCV-Zentralvorstand fordert „eine klare Prioritätensetzung für arme und sozial benachteiligte Menschen in allen Gremien, Einrichtungen und Aufgabenbereichen“ der Caritas.

### Jeder dritte Arbeitslose ist langzeitarbeitslos

Am 1. Januar 2005 trat das Gesetz über die Grundsicherung für Arbeitssuchende in Kraft. Einige Ergebnisse der sozialpolitischen Lobbyarbeit der Caritas zur Armutsbekämpfung finden sich bei der Sozialreform insbesondere bei der Zusammenlegung und Neustrukturierung von Leistungsgesetzen durchaus in Ansätzen wieder. Und auch die wirtschaftlichen Fortschritte in den letzten zehn Jahren lassen Deutschland im internationalen Vergleich gut dastehen: Die Zahl arbeitsloser Männer und Frauen ist seit 2005 von beinahe fünf Millionen auf weniger als drei Millionen gesunken, und die der arbeitslosen ALG-II-Empfänger hat sich seitdem von etwa 2,8 Millionen auf knapp 2 Millionen verringert. Erstmals ist Ende 2014 die Zahl der Erwerbstätigen auf mehr als 43 Millionen Menschen gestiegen. Doch nach zehn Jahren zieht die Caritas eine kritische Bilanz. Immer noch leben viel zu viele Menschen schon viel zu lange von „Hartz IV“. Immer noch gibt die Arbeitslosenstatistik nicht das wahre Ausmaß

der Arbeitslosigkeit in Deutschland wieder. Jeder dritte Arbeitslose ist langzeitarbeitslos. Fünfzig Prozent der ALG-II-Empfänger beziehen die staatliche Hilfe schon seit mehr als vier Jahren. Die Kinderarmut in Deutschland hat sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Die Höhe der Regelsätze liegt unter dem, was ein Mensch zum Leben braucht. Das Bundesverfassungsgericht bezeichnete in einem Urteil in 2010 die Ausgestaltung der gesetzlichen Leistungsansprüche als verfassungswidrig.

Ein wesentlicher Baustein der Sozialreform sollte die Verwaltungsvereinfachung durch das Zusammenlegen von Sozialleistungen (Arbeitslosen- und Sozialhilfe etc.) werden. Und unter dem Motto „Fördern und Fordern“ sollte durch passgenaue Förderinstrumente eine höhere Integrationsquote von Arbeitslosen in Arbeit erfolgen. Wer von dem Gesetz selbst nicht betroffen ist, findet es vielleicht gut, wenn Menschen als potenzielle Faulpelze betrachtet werden, die mit Sanktionen wieder zur Arbeitsaufnahme getrieben werden müssen.

### Bürokratischer Moloch

Doch wer sich nicht nach dieser Logik marktkonform verhält, muss es aushalten, dass sein menschenwürdiges Existenzminimum gekürzt wird. Mit Hartz IV hat sich das Verhältnis von Staat und Leistungsberechtigten sowie von Bürgern zu Leistungsbeziehern gewandelt. Die ALG-II-Praxis wird vielfach als bürokratischer Moloch erlebt, wo der Mensch wie ein Uhrwerk zu funktionieren hat und jeder, der stört, zum Feind wird. Das Selbstwertgefühl von Menschen wird mit der Arbeitsmarktnähe und der Fähigkeit zur Arbeitsmarktintegration in Verbindung gebracht.

Gleichzeitig boomen niedrigschwellige existenzsichernde Hilfen (oft auf Almosenbasis). Der im Grundgesetz verankerte Sozialstaat zieht sich mit Hinweis auf kari-



*Christoph Eikenbusch leitet die Abteilung Beratende Dienste, Gefährdetenhilfe, Integration beim Caritasverband für das Erzbistum Paderborn.*

tative Tätigkeiten und den expandierenden Markt der Barmherzigkeit immer mehr aus der Verantwortung für die soziale Sicherung seiner Bürger zurück.

Sicherheitsdienste müssen in den Jobcentern für Ordnung sorgen, weil Mitarbeitende sich bedroht fühlen und Antragsteller aufgrund von fehlenden Ansprechpartnern und bürokratischen Hindernissen befürchten, die Leistungsansprüche nicht realisieren zu können. Die hohe Zahl der Widerspruchsverfahren, die zugunsten der Antragsteller entschieden werden, wird vielfach als Indiz für Willkür und Leistungsverweigerung erachtet.

Obwohl in den vergangenen Jahren einige Reförmchen (Bildungs- und Teilhabe-gesetz etc.) halbherzig auf den Weg gebracht wurden, sind die Entwicklungschancen von Kindern in Deutschland weiterhin von der Herkunft bzw. dem Bildungsgrad der Eltern abhängig. Trotz des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels wird Kinderarmut nicht ausreichend bekämpft. Kinder und Eltern fühlen sich durch die Untätigkeit der politisch und gesellschaftlich Handelnden gesellschaftlich ausgegrenzt und der Zukunftschancen beraubt.

Die Zurückhaltung der jetzigen und vorherigen Regierung bei der Bewilligung von arbeitsmarktpolitischen Förderprogrammen lässt darauf schließen, dass man sich mit einer Zahl von nicht in Arbeit zu vermittelnden Menschen abfindet. Dies würde heißen, dass dieser Menschengruppe auch keine gesellschaftliche Teilhabechance mehr zugesprochen wird.

Dieser Tendenz tritt die Caritas entschieden entgegen. ◀

### Hensel neuer Sprecher der nak

**Köln** – Weitere Anstrengungen zur Armutsbekämpfung hat der neue Sprecher der Nationalen Armutskonferenz (nak), der Kölner Diözesan-Caritasdirektor Frank Joh. Hensel, gefordert. „Armut ist kein persönliches Pech, keine Laune der Natur und darf nicht einfach individualisiert werden“, sagte Hensel anlässlich seines Amtsantritts. Die Armut so vieler Einzelner gehe alle an. „Es kann in Deutschland etwas dagegen getan werden: durch eine veränderte Bildungspolitik, eine bedarfsgerechte Regelsatzberechnung und eine Arbeitsmarktpolitik, die aktiv gegen die zunehmende Verfestigung von Langzeitarbeitslosigkeit antritt.“ Es gehe um die gezielte Weiterentwicklung des Sozialstaats zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Hensel war von der nak-Delegiertenkonferenz einstimmig für zwei Jahre gewählt worden.

In der Nationalen Armutskonferenz arbeiten Menschen mit und ohne Armutserfahrung zusammen. Hensel lobte die Mitarbeit von Menschen mit Armutserfahrung, durch deren Einbezug und deren Überzeugungskraft ein Veränderungsimpuls für politische Verantwort-

tungsträger ausgehe. „Gute und kluge politische Lösungen erwachsen aus dem Dialog mit den Menschen, die Ahnung von der Sache haben“, betonte er. ◀

### youngcaritas sammelt Handys

**Essen** – Die „youngcaritas“ im Ruhrbistum hat in den vergangenen Wochen rund 600 alte Handys gesammelt. Diese sollen nun fach- und umweltgerecht verwertet werden, wie die Caritas für das Bistum Essen mitteilte. Der Erlös kommt Projekten von Caritas international in Westafrika zugute. In jedem Handy stecken bis zu 60 Stoffe, darunter wertvolle Metalle wie Kupfer, Gold, Aluminium und das in Coltan enthaltene Tantal sowie hochgiftiges Cadmium. In der „youngcaritas“ engagieren sich Jugendliche für soziale Projekte. ◀

### Gesundheitspreis

**Münster** – Die St. Franziskus-Stiftung Münster ist beim Landeswettbewerb um den Gesundheitspreis Nordrhein-Westfalen mit dem zweiten Preis ausgezeichnet worden. Prämiert wurde ihr Projekt „Verbesserungen für Menschen mit Behinderungen im Krankenhaus“,

das Hospitäler und Behinderteneinrichtungen gemeinsam pilothaft im Kreis Warendorf gestartet haben. Vertreter der beteiligten Einrichtungen nahmen die mit 3000 Euro dotierte Auszeichnung in Düsseldorf aus der Hand von NRW-Gesundheitsministerin Barbara Steffens (Grüne) entgegen. ◀

### Zufluchtsland Deutschland

**Köln** – Die evangelischen und katholischen Kirchen in Nordrhein-Westfalen und ihre Verbände Caritas und Diakonie haben ein gemeinsames Positionspapier zur Flüchtlingsfrage veröffentlicht. Unter dem Titel „Ja, wir sind ein Zufluchtsland – Plädoyer für eine Neuorientierung“ sprechen sich die Kirchen für eine neue Haltung zu Flüchtlingen aus. In dem Papier plädieren die (Erz-)Bischöfe und Präses dafür, dass sich die Bürger in NRW und alle Verantwortlichen in der Gesellschaft dazu bekennen, dass Deutschland ein Zufluchtsland ist. Zudem rufen sie dazu auf, gemeinsam zu agieren, um die nötigen Rahmenbedingungen für eine gelungene Integration von Flüchtlingen zu schaffen. Das komplette Papier steht unter [www.caritas-nrw.de](http://www.caritas-nrw.de). ◀

## Leistungswirrwarr in der Pflege

### Caritas zum neuen Pflegestärkungsgesetz – positiv: mehr Leistungen

**Bessere Leistungen, mehr Geld: Der Caritasverband für das Bistum Essen begrüßt die Verbesserungen für Patienten in der ambulanten Pflege, die die Bundesregierung mit dem ersten Pflegestärkungsgesetz zum Januar eingeführt hat. Auch dieses Folgegesetz werde „die Pflegeversicherung als wichtige sozialpolitische Errungenschaft zwanzig Jahre nach ihrem Aufbau stärken“, so Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes.**

„Der Grundgedanke, Leistungen der Pflegeversicherung zu verbessern und noch stärker auf die Bedürfnisse und Bedarfe der Menschen auszurichten, ist richtig“, so Meiwes weiter. Außerdem werde mit der neuen Finanzierungsgrundlage die Pflegeversicherung gestärkt.

Allerdings seien die Angebots- und Abrechnungsmodalitäten zu kompliziert geworden. „Leistungen nach SGB V oder XI, Betreuungs- und Entlastungsleistungen, Verhinderungspflege, prozentuale Umwandlung in andere Leistungen: Da blickt keiner mehr durch“, kritisierte Meiwes. Vor allem die Mitarbeitenden in den ambulanten Diensten stünden vor dem Dilemma, das neue Leistungswirrwarr alten und kranken Menschen und deren Angehörigen erklären zu müssen. Meiwes: „Die Beratung wird so kompliziert, dass selbst Experten der ambulanten Pflege allmählich keinen Überblick mehr haben.“ Die Caritas will sich dafür einsetzen, dass mit dem 2. Pflegestärkungsgesetz die Angebots-, Ab- und Anrechnungsmodalitäten wieder vereinfacht werden. Das Gesetz soll

nach Regierungsangaben noch in dieser Wahlperiode kommen. ◀

(cde/mik)

### Impressum

#### Caritas in NRW – AKTUELL

Lindenstraße 178, 40233 Düsseldorf,  
Tel.: 02 11/51 60 66 20, Fax: 02 11/51 60 66 25,  
E-Mail: [redaktion@caritas-nrw.de](mailto:redaktion@caritas-nrw.de),  
Web: [www.caritas-nrw.de](http://www.caritas-nrw.de)

#### Herausgeber:

Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn, vertreten durch Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes, Essen.

#### Chefredakteur: Markus Lahrman

**Abo-Fragen:** Kevin Jandrey, Tel.: 02 11/51 60 66 20,  
E-Mail: [vertrieb@caritas-nrw.de](mailto:vertrieb@caritas-nrw.de)

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

**Druck:** Bonifatius GmbH, Paderborn

**Anzeigenverwaltung:** Bonifatius GmbH

Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn,

Karl Wegener, Tel.: 0 52 51/1 53-220,

E-Mail: [karl.wegener@bonifatius.de](mailto:karl.wegener@bonifatius.de)

ISSN 1611-3527

## „Auch die Behörden müssen umdenken“

Immer mehr hilfsbereite Menschen wollen etwas für Flüchtlinge tun

„Die Hilfe für Notleidende und Schutzsuchende gehört zum Herzstück christlicher Glaubenspraxis“, heißt es im Positionspapier der Kirchen und ihrer Wohlfahrtsverbände Diakonie und Caritas. Die Integration von Flüchtlingen wird umso besser gelingen, je früher die Unterstützung einsetzt. Fragen an Heike Lammertz-Böhm, Flüchtlingsbeauftragte beim Diözesan-Caritasverband Köln.

► *Deutschland ist ein Zufluchtsland geworden. Gefordert ist eine „Willkommenskultur für Flüchtlinge“. Was geschieht konkret in den kirchlichen Gemeinden?*

**Heike Lammertz-Böhm:** Schon seit fast einem Jahr melden sich insbesondere bei den Caritasverbänden und ihren Fachdiensten für Integration und Migration immer mehr hilfsbereite Menschen, die etwas für Flüchtlinge tun wollen. Die Aktion „Neue Nachbarn“ im Erzbistum Köln und der Aufruf von Kardinal Woelki an die Pfarrgemeinden, ganz konkret zur Willkommenskultur für Flüchtlinge beizutragen, haben noch einmal ein kaum erhofftes und schon gar nicht erwartetes großes Echo ausgelöst. Die Palette an Angeboten und Unterstützungsideen von den Pfarrgemeinden und Ehrenamtlichen aus ihrem Umfeld ist breit. Das geht von angebotenen Mietwohnungen über Kleider-

und Spielzeugspenden zu verschiedensten, z. T. sehr beeindruckenden Projekten. Maßnahmen, die den Flüchtlingen den Alltag und die Eingewöhnung erleichtern, können durch den Soforthilfefonds des Erzbistums von einer Million Euro realisiert werden. Bis Weihnachten wurden bereits ca. 50 Anträge gestellt mit einem Antragsvolumen von fast 600000 Euro. Täglich gehen weitere Anträge ein.

► *Was ist derzeit am wichtigsten für die Flüchtlinge?*

Akzeptables Wohnen, Deutsch-Lernen, Kita/Schule für die Kinder, Ausbildungs- und Jobsuche, medizinische Versorgung, sinnstiftende Freizeitangebote, manchmal nur der Internetanschluss, um mit der Heimat skypen zu können. Bei den Neuankömmlingen ist es häufig der Wunsch, erst einmal zu sich zu kommen und Ruhe zu finden.

► *Und wie wird ihnen dabei geholfen?*

Es entwickeln sich für alle Bereiche Ideen und Ansätze. Da sind Hilfsbereite manchmal schon sehr kundig und clever, andere lernwillig und dankbar für Anregungen, manche sind sogar ausgesprochen kreativ. Wichtig ist bei aller guten Absicht: Nicht die Helfenden wissen, was für die Flüchtlinge gut ist, sondern die Flüchtlinge wollen und sollen gefragt werden. Dann wird klarer, was geht und was nicht, und es erspart allen Beteiligten bittere Enttäuschungen durch Auseinanderfallen von individueller Not und vorgestanzter Hilfe.

► *Welche ehrenamtlichen Projekte haben Sie besonders beeindruckt?*

Die Idee einer Pfarrgemeinde, am Übergangswohnheim gemeinsam mit Flüchtlingen und durch Unterstützung von Handwerkern einen Fahrradunterstand zu bauen, damit Fahrräder der Flüchtlinge ordentlich abgestellt werden können. Die gemeinsame Arbeit fördert den Kontakt zwischen Flüchtlingen und Bürgern in Neunkirchen-Seelscheid. Oder die Initiative des Freundeskreises Erkrath in Kooperation mit der Gemeinde St. Franziskus: Hier begleiten Ehrenamtliche, die die Sprache von Flüchtlingen sprechen, Frauen zu Arztterminen.

► *Wo hemmen die Bürokratie und die Gesetzeslage die konkrete Hilfe? Wo wünschen Sie sich mehr Unterstützung durch die Politik?*

Dass die Gesundheitsversorgung im Asylbewerberleistungsgesetz nach wie vor nicht über die gesetzliche Krankenversicherung geregelt, sondern auf Behandlung im Notfall und bei Schmerzzuständen begrenzt ist, sollten wir nicht hinnehmen. Ein zweites dickes Problem ist die sogenannte Verpflichtungserklärung, mit der Flüchtlinge nach Deutschland geholt werden können, die Angehörige hier haben. Sie verpflichtet zur Übernahme der Kosten für Unterbringung und Lebensunterhalt ohne zeitliche oder finanzielle Begrenzung. Das setzt die hier lebenden Angehörigen unter enormen moralischen und finanziellen Druck. Ganz generell darf man nicht vergessen, dass über mehr als zwei Jahrzehnte eine latente Abschreckungsstrategie das behördliche Handeln gesteuert hat. Da kann und will die Aktion „Neue Nachbarn“ auch bei den Behörden zu einem Umdenken ermutigen. ◀ Infos unter [www.aktion-neue-nachbarn.de](http://www.aktion-neue-nachbarn.de)



Foto: K.-M. Flüter/Caritas Paderborn

Beim traditionsreichen Hallenfußballturnier zu Silvester in Paderborn gab es erstmals ein Prominentenspiel mit einer politischen Botschaft. Der FC Landtag, die Fußballmannschaft des NRW-Landesparlaments, spielte gegen eine Auswahl von Flüchtlingen, die vom Paderborner „Jahrhundert-Trainer“ Pavel Dotchev (r.) gecoacht wurde. Initiiert hatte den Kick der Paderborner Landtagsabgeordnete Volker Jung (CDU), der 1. Vorsitzender des FC Landtag NRW ist. Das Ergebnis von 4:1 für die Politiker war Nebensache, spürbar waren hingegen viel Sympathie und Unterstützung der Zuschauer für die Flüchtlingsmannschaft. „Eine tolle Aktion“, freute sich der Paderborner Caritas-Geschäftsführer Patrick Wilk, dessen Verband die Flüchtlinge aus Eritrea und Ghana in einem Deutschkurs betreut. So konnte das Thema der frühzeitigen Integration unverkrampft und sportlich einem großen Publikum vermittelt werden.